

# Erster Generalstreik seit 20 Jahren

Generalstreik in Italien: Millionen von Menschen folgen Aufruf der Gewerkschaften

ROM: Ein achtstündiger Generalstreik hat gestern das öffentliche Leben in Italien weitgehend lahm gelegt. Millionen von Menschen legten die Arbeit nieder. In zahlreichen Grossstädten fanden Protestzüge gegen die Reformpläne der Regierung statt.

Allein in Florenz folgten bis zu 400 000 Menschen dem Aufruf der drei grössten Gewerkschaften. Nach deren Angaben versammelten sich in der Wirtschaftsmetropole Mailand über 300 000 Demonstranten, in Rom und Bologna waren es jeweils rund 200 000. In Turin gingen bis zu 150 000 Menschen auf die Strasse. In den südlichen Städten Neapel und Palermo auf Sizilien demonstrierten jeweils über 100 000 Personen.

## Widersprüchliche Angaben

Insgesamt folgten nach Gewerkschaftsangaben rund 13 Millionen Italiener dem landesweiten Aufruf zum Generalstreik. Der katholische Gewerkschaftsverband CISL zog Angaben zurück, dass bis zu 20 Millionen Arbeitnehmer dem Streikaufruf gefolgt seien. Der linksgerichtete Gewerkschaftsverband CGIL und die Arbeitnehmervertretung UIL teilten dagegen mit, «85 bis 90 Prozent» der offiziell knapp 22 Millionen italienischen Arbeitnehmer hätten die Arbeit niedergelegt. Mehrere Grossunternehmen bezifferten die Streikbeteiligung wiederum auf zwischen 30 und 70 Prozent.

Es war der erste Generalstreik in Italien seit 20 Jahren und der grösste Protest gegen die Regierung seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Silvio Berlusconi im Juni 2001. Der Streik richtete sich gegen die Pläne des Mitte-Rechts-Kabinetts, welche den Kündigungsschutz aufweichen wollen. Viele Arbeitnehmer befürchten, dass



Insgesamt folgten nach Gewerkschaftsangaben rund 13 Millionen Italiener dem landesweiten Aufruf zum Generalstreik.

es dadurch zu Massenentlassungen kommen könnte.

## Kurswechsel gefordert

CGIL-Chef Sergio Cofferati forderte einen Kurswechsel der Regierung. «Das Land steht still. Die Regierung muss ihre Richtung ändern», sagte er in Florenz. Ihre Pläne würden die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern und die Konkurrenzfähigkeit italienischer Betriebe im Ausland steigern. Berlusconi will sich jedoch dem Protest der Gewerkschaften nicht beugen und an seinem bisherigen Kurs festhalten. Zugleich bekräftigte er aber am Dienstagabend seine Bereitschaft zu einem sozialen Dialog.

«Die Regierung ist bereit, zu Diskus-

sionen an den Tisch zurückzukehren, aber sie beabsichtigt, den Weg der Reformen fortzusetzen», sagte Berlusconi vor Journalisten in Rom.

## Stillstand auf Flughäfen und Bahnhöfen

Zwischen 10.00 und 18.00 Uhr MESZ blieben Bahnhöfe und Flughäfen, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen weitgehend geschlossen. Auf den Flughäfen von Mailand und Rom ging praktisch nichts mehr. In Rom waren lediglich 6 In- und 15 Auslandsflüge geplant. Die nationale Fluggesellschaft Alitalia annullierte landesweit 271 von insgesamt 374 Flügen. Nach Angaben der staatlichen Bahngesellschaft Trenitalia rollten von

insgesamt 323 Zügen nur noch 170. Auch viele Journalisten waren in den Ausstand getreten. Es erschienen keine Tageszeitungen; Fernsehen und Radio sendeten nur Kurznachrichten.

## Auswirkungen auf die Schweiz

Der Generalstreik wirkte sich auch auf die Schweiz auf. Im Tessin und auf der Nordseite des Gotthards waren Lastwagen blockiert, da der italienische Zoll in Chiasso-Brodega um 9.00 Uhr den Betrieb einstellte. Im Bahnverkehr wurden fast sämtliche Verbindungen zwischen der Schweiz und Italien gestrichen. Die Reisenden mussten mehrstündige Verspätungen hinnehmen. Die Fluggesellschaft Swiss sagte je sieben Hin- und Rückflüge ab.

# Terror-Verdächtiger freigelassen

KARLSRUHE: Einen Tag nach seiner Verhaftung wegen der Explosion in Tunesien ist ein in Duisburg festgenommener Verdächtiger gestern Nachmittag wieder freigelassen worden. Nach seiner Vernehmung und den übrigen bislang ausgewerteten Beweismitteln bestehe gegen ihn kein dringender Tatverdacht, teilte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mit. Der Mann war am Montagabend festgenommen worden und wurde anschliessend von Staatsanwälten der Behörde verhört. Die Bundesanwaltschaft habe die Ermittlungen nach einem Hinweis der tunesischen Behörden eingeleitet, nach dem der mutmassliche Attentäter wenige Stunden vor dem Anschlag nach Deutschland telefoniert hat. Wörtlich hiess es in der Erklärung: «Die Hinweise, dass es sich bei dem Ereignis vom 11. April 2002 um einen Terroranschlag handelt, haben sich weiter verdichtet.» Zur Aufklärung bedürfe es aber noch intensiver Ermittlungen. Dabei arbeiteten deutsche und tunesische Sicherheitsbehörden eng zusammen.

# Lebensmittelknappheit

NAIROBI: Über vier Millionen Menschen im südlichen Afrika droht eine Lebensmittelknappheit. Wie die Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) erklärte, sei die Nahrungsmittelproduktion vor allem in Simbabwe, Malawi und Sambia dramatisch gesunken. Der Grund dafür sind Dürre oder Überflutungen sowie krisenbedingte Unterbrechungen in der Landwirtschaft an, hiess es in einem in der kenianischen Hauptstadt Nairobi veröffentlichten Bericht der FAO. Nach dem Bericht zur Situation der Lebensmittelvorräte und Erntebedingungen im Afrika unterhalb der Sahara stehen insgesamt 19 Staaten vor einem «aussergewöhnlichen Nahrungsmittelnotstand».

# Rücktritt kurz vor Neuwahlen

Niederländische Regierung tritt wegen Srebrenica-Affäre zurück

DEN HAAG: Die niederländische Regierung ist gestern wegen der umstrittenen Rolle niederländischer Blauhelm-Soldaten bei dem Massaker im bosnischen Srebrenica 1995 zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgt kurz vor den Neuwahlen.

Der Entscheid war nach einer stundenlangen Krisensitzung des Kabinetts in Den Haag gefallen. Ministerpräsident Wim Kok bot Königin Beatrix den Rücktritt aller Minister und Staatssekretäre an und wollte später noch dem Parlament die Entscheidung erläutern. Die Monarchin hat die Minister, im Amt zu bleiben, bis eine neue Regierung gebildet ist. Der Rücktritt dürfte keine grösseren politischen Folgen ha-

ben, da die Niederländer am 15. Mai ohnehin ein neues Parlament wählen. Kok will nicht mehr antreten.

Die Koalitionsregierung aus sozialdemokratischer Partei der Arbeit (PvdA), Liberalen (VVD) und Linkliberalen (D66) war die neunte in den Niederlanden, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Amtszeit nicht überstanden hat. Sie war seit 1994 die zweite Regierung dieser Kombination unter Kok.

## «Ein ungewöhnlicher Rücktritt»

«Dies ist ein ungewöhnlicher Rücktritt – es gab keinen Konflikt in der Regierung und keinen Konflikt der Regierung mit dem Parlament», sagte ein Kommentator gestern im niederländi-

schon Radio. Aber es wurden auch keine Bemühungen bekannt, den Bruch in praktisch letzter Koalitionsstunde zu verhindern. «Die Zusammenarbeit in der Koalition hat eben schon vorher gewackelt», meinte Hans Wiegel, Ex-Minister, Ehrenvorsitzender der Liberalen und Senior der politischen Szene in Den Haag. Die ursprünglich erst für Freitag angesetzte Kabinettsberatung war vorgezogen worden, nachdem es bereits Gerüchte über einen möglichen Rücktritt der Minister für Verteidigung und für Umwelt, Frank de Grave und Jan Pronk, gegeben hatte.

## Bericht zu Srebrenica

Das Kabinett befasste sich in seiner Krisensitzung mit einem Bericht, den das niederländische Institut für Kriegsdokumentation in der letzten Woche veröffentlicht hatte. Die Verfasser waren zu dem Schluss gekommen, dass politischer Ehrgeiz die Niederlande dazu gebracht habe, sich auf eine unklare und praktisch nicht durchführbare Friedensmission in Bosnien einzulassen.

Im Juli 1995 hatten bosnisch-serbische Soldaten die UNO-Schutzzone um Srebrenica eingenommen und dabei vermutlich mehr als 7500 Moslems umgebracht. Den niederländischen Blauhelm-Soldaten war wiederholt vorgeworfen worden, das Massaker tatenlos mitangesehen zu haben. Der Bericht hält aber in erheblichem Mass die Regierung und Militärangehörige verantwortlich, die das UNO-Mandat eifertig angenommen hatten. Die Hauptschuld an dem Massaker trägt demnach der bosnisch-serbische General Ratko Mladic, der die Truppen befehligte;

# Fortschritte für Waffenstillstand

Nahost-Konflikt: UNRWA verteilt Lebensmittel

JERUSALEM: US-Aussenminister Colin Powell sieht kurz vor Abschluss seiner Nahost-Mission Fortschritte für einen Waffenstillstand. Im Flüchtlingslager Dschenin begann die UNO mit der Verteilung von Lebensmitteln und Wasser.

Wegen des stockenden Rückzugs der israelischen Armee aus den palästinensischen Städten zogen sich die Verhandlungen über ein Waffenstillstandsabkommen in die Länge, sagten US-Vertreter. Powell wird seine Nahost-Mission voraussichtlich am Mittwoch abschliessen. Davor will er wieder mit dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak sprechen. Auch mit dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat ist ein zweites Treffen geplant.

## Arafat will Dringlichkeitssitzung

Arafat forderte gestern eine Dringlichkeitssitzung der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC). Dort soll über die «israelische Aggression» und die Reaktion der arabischen Staaten beraten werden. Der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon sagte dem israelischen TV-Kanal 10, er hoffe, dass die von ihm angeregte Friedenskonferenz bereits im Juni beginnen kann. Sollte diese auf Ebene von Staats- und Regierungschefs stattfinden, würde er selbst daran teilnehmen. «Die USA gab derweil bekannt, dass sie die Entsendung einer internationalen Friedenstruppe in den Nahen Osten vorerst ablehnen. Diese Idee sei «nicht

auf dem Radarschirm», sagte US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice der «Süddeutschen Zeitung».

Scharon hatte zwar am Montag den Abzug der Armee aus den meisten besetzten Städten im Westjordanland binnen einer Woche in Aussicht gestellt. Trotzdem rückte gestern die israelische Armee nach Tulkarem ein. Sie zog sich erst nach Stunden wieder zurück. In Bethlehem besetzten israelische Soldaten ein Hotel, in dem sich auch Journalisten aus der ganzen Welt aufhielten. Um die seit Tagen belagerte Geburtskirche kam es gestern Abend zu längeren Schiessereien. In Hebron wurde ein Palästinenser von israelischen Soldaten erschossen.

## «Wie nach einem Erdbeben»

Schwere Vorwürfe gegen das Vorgehen Israels im Flüchtlingslager von Dschenin erhoben das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai). ai rief den UNO-Sicherheitsrat auf, eine unabhängige Untersuchung von Menschenrechtsverstössen einzuleiten. Nach Angaben des IKRK sieht es im Lager von Dschenin nach tagelangen Kämpfen aus wie nach einem Erdbeben. Unter den Trümmern befänden sich noch Überlebende, sagte UNRWA-Sprecher René Aquarone. Nötig seien Räumgeräte für Katastropheneinsätze: Das UNO-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) konnte am Dienstag 20 Tonnen Lebensmittel und Wasser nach Dschenin bringen.



Wim Kok verlässt das Parlament: Die Niederländische Regierung trat gestern zurück. (Bilder: Keystone)